



# FIGU- ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:  
Sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

1. Jahrgang  
Nr. 13, Oktober 2015

## Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend mit dem FIGU-Gedanken-, Interessen-, Lehre- und Missionsgut identisch sein.

=====

## Der kulturelle und demografische Selbstmord

*Mittwoch, 9. September 2015, von Freeman um 12.05 h*

Wie lange sage ich schon, EU ist die Abkürzung für Europas Untergang? Seit 10 Jahren? Die EU schlittert von einer Krise und Katastrophe in die nächste und die Euroturbos haben absolut nichts im Griff, reagieren nur, statt zu agieren. Bankenkrise, Schuldenkrise, Arbeitslosenkrise, Wirtschaftskrise, Währungskrise, Griechenlandkrise, Ukraine Krise, und jetzt der Gipfel, die Flüchtlingskrise, die eigentlich eine Migrantenkrisen oder Völkerwanderung darstellt.

Die Eurotanic hat den Eisberg gerammt, ist tödlich leckgeschlagen, das Schiff läuft voller Wasser, der Bug ist schon überflutet, aber die unfähigen Kapitäne in Brüssel, Paris und Berlin tun immer noch so, wie wenn alles in Ordnung wäre. Die meisten Passagiere glauben den Lügen über die Unsinkbarkeit, feiern noch die Party der unbezahlbaren Rundumversorgung, lassen sich unterhalten, ignorieren die Schräglage, dabei ist das Ende unausweichlich.



*Juncker war wohl wieder besoffen, denn er hat Schulz auf die Glatze geküsst. Das Gesicht von Nigel Farage sagt alles.*

Heute hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker (ein Alkoholiker, denn nur im Suff kann er die Situation ertragen) in Strassburg sich zur Lage der EU geäußert. Er sagte: «Die Europäische Union ist in keinem guten Zustand. Es fehlt an Europa, und es fehlt an Union.» Wie bitte? In keinem guten Zustand? Damit hat er mehr als untertrieben. Was fehlt sind Politiker, die den EU-Bürgern endlich die Wahrheit über den wirklichen Zustand sagen. Es ist fünf nach Zwölf. Einer der wenigen die es tun, ist Nigel Farage.



Hier seine Antwort auf Junkers Rede:

Wie ich Sie im April warnte, stellt die gemeinsame europäische Asylpolitik ihre Bedingungen so breit, dass jeder, der seinen Fuss auf EU-Boden setzt, bleiben kann. Ich sagte, es würde zu einer Flut biblischen Ausmasses führen, und in der Tat, das ist das, was wir anfangen zu sehen, und das ist von Deutschland in der vergangenen Woche noch verschärft worden, indem es gesagt hat, das grundsätzlich jeder kommen kann.

Es ist etwas zu spät, eine Liste der Länder zu erstellen, in denen man bleiben und nicht bleiben kann. Alles was sie zu tun haben, so wie sie es tun, ist ihre Pässe ins Mittelmeer zu werfen und zu sagen, sie kommen aus Syrien. Wie wir wissen, die Mehrheit der Menschen die kommen, und der slowakische Ministerpräsident war ehrlich genug es zu sagen, die meisten, die kommen sind Wirtschaftsmigranten.

Darüber hinaus sehen wir, wie ich früher gewarnt habe, es gibt Hinweise, dass die ISIS jetzt diesen Weg benutzt, um ihre Dschihadisten auf europäischen Boden zu bringen. Wir müssen verrückt sein, dieses Risiko dem Zusammenhalt unserer Gesellschaften auszusetzen. Wenn wir echten Flüchtlingen helfen wollen, wenn wir unsere Gesellschaften schützen wollen, wenn wir die kriminellen Schleuserbanden, die daraus profitieren stoppen wollen, so wie sie es tun, müssen wir die Boote aufhalten, wie die Australier es getan haben, und dann können wir beurteilen, wer sich für den Flüchtlingsstatus qualifiziert.

Dann geht Farage noch auf die bevorstehende Volksabstimmung in UK ein und warnt Juncker, die Briten werden für einen Ausstieg aus der EU stimmen, wenn sie nicht die Kontrolle über ihre Grenze wiedererlangen.

Was Juncker heute gefordert hat, ein «Verteilen» und «Umverteilen» von Flüchtlingen, ist völlig illusorisch und auch von der vollendeten Tatsache der Masseneinwanderung überholt. Was soll die Aufnahme und Verteilung von 20 000 hier und 35 000 da? In welcher Traumwelt lebt die EU-Führung? Es kommen Millionen!!! Der deutsche Vizekanzler Gabriel hat es gestern bereits angekündigt, Deutschland wird Flüchtlinge praktisch ohne Ende aufnehmen: «Ich glaube, dass wir mit einer Grössenordnung von einer halben Million für einige Jahre sicherlich klarkämen», sagte der SPD-Chef. «Ich habe da keine Zweifel – vielleicht auch mehr.»

Hat er sie noch alle???

Die Behauptung Junkers in seiner Rede, «Europa ist ein Kontinent, in dem jeder einmal ein Flüchtling war. Vor Krieg, vor Diktatoren», ist nicht wahr. Diese falsche Behauptung dient nur dazu, den EU-Bürgern ein schlechtes Gewissen einzureden. Über die letzten 70 Jahre betrachtet, gab es tatsächlich einige Fluchtbewegungen, aber die waren auf Osteuropa beschränkt. Die Vertreibung der Ostdeutschen nach dem II. Weltkrieg, dann die Aufstände in Ungarn, der Tschechoslowakei und der DDR. Die Bevölkerung Westeuropas, von Skandinavien bis Sizilien, und auch Südeuropas, von Portugal bis Griechenland, besteht doch nicht aus Flüchtlingen. So ein Quatsch!

Erst hat man die EU territorial überdehnt, hat man aus Machthunger und imperialem Grössenwahn der Amerikaner, jedes osteuropäische Land, egal ob es die Kriterien erfüllt oder nicht, in die EU reingeholt, bis die Integration der neuen Mitgliedsstaaten nahezu unmöglich wurde. Durch den krassen wirtschaftlichen Unterschied zu den EU-Kernländern entstanden die meisten Krisen. Jetzt fängt man an Millionen Migranten aus Afrika und dem Nahen Osten hereinzuholen, die das genaue Gegenteil von Europa sind.

Die Grosskonzerne jubeln schon, denn so steht ihnen ein Heer an billigen Arbeitskräften zur Verfügung. Noch mehr Druck auf die Löhne und noch mehr Konkurrenz um die Arbeitsplätze. Dazu noch mehr Belastung der Infrastruktur und der Staatskassen. Die zukünftigen negativen Konsequenzen für die Gesellschaft sind völlig egal, denn die neu entdeckte Willkommenskultur geht vor, die geheichelte Hilfsbereitschaft auch. Dabei gibt es einen grossen Unterschied, ob man echten Flüchtlingen hilft, oder Wirtschaftsmigranten bedingungslos Tür und Tor öffnet.

Die Briten haben begriffen, dass die treibend Kraft hinter dieser Politik, «lassen wir sie doch alle rein», nämlich die Deutschen in Form von Merkel und den ganzen anderen Landesverrättern in Berlin, von offenem, selbstzerstörerischem Wahnsinn erfasst sind, und werden sich wohl, wie Farage es vorhersagt, bald aus der EU verabschieden. Geben wir es doch endlich zu, die EU ist kein Konstrukt für die Europäer, also für die Menschen, sondern lediglich eins für die Konzerne und Eliten. Deshalb wird die EU die aktuelle Situation nicht überleben. Was hier abläuft ist ein kultureller und demografischer Selbstmord!

11.09.2015, "Achim Wolf":

Grüezi,

dürfte ich bitte das Kopierecht für Ihren Artikel <http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2015/09/der-kulturelle-und-demografische.html> haben? Sie kennen ja das Ziel der Wiederveröffentlichung, nämlich bei [www.figu.org/ch](http://www.figu.org/ch).

Grüsse, Achim Wolf

[ww.freundderwahrheit.de](http://ww.freundderwahrheit.de)

Gesendet: Freitag, 11. September 2015 on: "ASR Blog" asrblog@yandex.ru  
An: "Achim Wolf" t  
Betreff: Re: Kopierecht?  
Ist genehmigt.

## **Kriegstreiber und Versager an der Macht, Bedrohung ‹Islamistischer Staat› und der zivile Ungehorsam**

Der Journalist Jürgen Todenhöfer hat seinem Zorn über die Zustände im Mittleren Osten und in Afrika Luft gemacht und dabei genau den Punkt getroffen, wer für das **Erstarken der Terrororganisation ‹Islamistischer Staat›** verantwortlich ist, nämlich alle unfähige, kriegstreiberische und im Grunde genommen lebensunfähige Regierende und sonstige machthaberische Elemente in den Militärs, Geheimdiensten, der Wirtschaft usw. Wie der Terror beendet und ein wirklicher Frieden erreicht werden könnte und was dafür notwendig zu tun wäre, erklärte Billy Meier mit deutlichen Worten beim 622. offiziellen Kontaktgespräch vom 7. Mai 2015:

*«... Dies eben darum, weil jede Nation jeder anderen misstraut und feindlich gesinnt ist, anstatt dass alle Staaten der Erde sich endlich gegenseitig antimilitärisch friedlich verhalten würden, was durch einen einheitlichen Gesamtstaatenfriedensvertrag zustande gebracht werden könnte, wenn endlich Verstand und Vernunft der Erdlinge siegen würden. Ein solcher weltweiter Gesamtstaatenfrieden kann aber erst dann zustande kommen, wenn alle Staaten der Erde endlich eine einheitliche und weltweit agierende ‹Multinationale Friedenskampftruppe› bilden, die das Recht hat, in allen Ländern mit logischer Gewalt und ohne jegliche Ausartungen alle bewaffneten Konflikte und Diktaturen aufzulösen und so in jedem Staat für Frieden, Freiheit und Demokratie sowie für eine greifende Gerechtigkeit für die Völker zu sorgen, alles in dieser Weise aufzubauen und Wirklichkeit werden zu lassen. Und nur dann, wenn sich alle Staaten der Erde endlich in vernünftiger Weise politisch, militärisch und wirtschaftlich friedlich und in menschlicher Weise zusammenfinden, kann eine bestausgebildete weltweit agierende ‹Multinationale Friedenskampftruppe› gebildet werden, die berechtigt ist, in allen Ländern jegliche militärische oder terroristische Kampfhandlungen und Ungerechtigkeiten usw. zu beenden und alle Diktaturen aufzulösen und diese durch Demokratien zu ersetzen. Und nur dann, wenn dies endlich in dieser Weise zustande kommt und weltweit greift, kann es wirklich Frieden und Freiheit und ein effektiv friedlich-freiheitlich harmonisches koexistentes Miteinander- und Nebeneinander- sowie Zusammenleben aller Staaten und Völker geben. Dies erfordert aber weitestgehend Anstand, Aufrichtigkeit, Liebe, Ehrlichkeit, Güte, Menschlichkeit, Respekt und Rücksichtnahme usw., und zwar sowohl von allen Mächtigen aller Staaten untereinander wie auch von jedem Menschen jedes Volkes gegenüber jedem Mitmenschen überhaupt, so also auch gegenüber jedem anderen Menschen aller anderen Völker. Dabei darf weder die Rasse noch die Meinung, wie auch der gesellschaftliche Stand noch der religiöse oder weltliche Glaube eines Menschen eine Rolle spielen, denn grundsätzlich sind alle Menschen als Menschen gleich, folglich auch alle die gleichen Rechte haben müssen. All die grossen Werte Anstand, Aufrichtigkeit, Liebe, Ehrlichkeit, Güte, Menschlichkeit, Respekt und Rücksichtnahme usw. sind für jede Form des Miteinander-, Nebeneinander- und Zusammenlebens von enormer Bedeutung, ja von grösster Wichtigkeit, und zwar ganz egal, ob in Beziehung auf die Politik, Religionen und die Wirtschaft, wie auch auf Bekanntschaften, auf die Ehe, auf irgendeine geschlossene oder offenen Gemeinschaft, auf einen Verein, auf eine Organisation, auf eine Arbeits- oder Wohngemeinschaft usw. Gibt es das nicht, kann weder ein vernünftiges Miteinander-, Nebeneinander- noch ein Zusammenleben existieren. Das muss einmal gesagt sein, denn bei den Erdlingen ist das nicht klar, weil bei ihnen diesbezüglich ein gewaltiges Defizit herrscht. ...»*

Diktatoren, unfähige Regierungen und Despoten können immer nur dadurch gross und mächtig werden, Macht über das Volk gewinnen und ihr menschenfeindliches Tun fortsetzen, wenn die Menschen des Volkes dies durch ihre **Passivität** sowie durch **Feigheit und Angst** zulassen und ihre **Verantwortung** willenlos abgeben. Zudem reicht eine vage Vorstellung über eine allgemeine Gewaltlosigkeit nicht aus, um undemokratische Zustände zu ändern, fehlbare Staatsführer abzulösen und Frieden herbeizuführen. Dazu bedarf es neben der **Einigkeit der Menschen** vor allem einer Zielklarheit darüber, was erreicht werden will und welche Mittel dafür effektiv wirksam sind. Wenn so z.B. eine wahre Demokratie erwirkt werden will, muss auch jeder einzelne Mensch des Volkes mit voller **Selbstverantwortung** dafür einstehen und das zu erreichende Ziel einer wahren Demokratie klar und deutlich vor Augen haben und dafür eintreten, was dann mit allen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln anzustreben und bis zum Ziel durchzusetzen ist. Dies jedoch nicht mit roher Gewalt, Zwang, Krieg und Blutvergiessen, sondern mit eiserner Geschlossenheit und Entschlossenheit in der **Ausübung eines passiven Widerstandes**, der die Verantwortungslosen an der Macht dazu zwingt, ihren Posten und ihre

Macht abzugeben und die volle Bestimmung über alle Belange an das Volk zu übergeben. Das erfordert aufgrund der irdischen Verhältnisse viel Zeit, Geduld und Beharrlichkeit der Menschen, die wirklich demokratisch ausgerichtet sind.

Beim 373. Kontakt, am Freitag, 21. Januar 2005, sprach Billy auch Klartext zur Verantwortung der Menschen des Volkes, die dumm und dämlich die Kriegstreiber, Psychopathen und Menschheitsverbrecher in ihren Ämtern dulden und es versäumen, sie in friedlicher Weise, aber mit konsequenten Mitteln aus ihren Positionen zu werfen, die sie so zynisch, kriminell und menschenfeindlich missbrauchen.

«... Gegenteilig wird jedoch nichts getan, um wirklichen Frieden unter allen Völkern auf der Erde zu schaffen, denn die paranoiden und psychopathischen Regierenden und jener Teil des ihnen fanatisch zujubelnden und stupiden Volkes sind dermassen dumm und der Blödheit verfallen, dass sie glauben, durch Krieg sowie durch Geheimdienst- und Kriegsterror sei Frieden zu schaffen. Also wird auch nicht für einen wirklich wertvollen Fortschritt der Menschheit geschaffen, sondern einzig und allein nur für die Erhaltung der Macht jener verbrecherischen Regierenden, durch die die Welt und die Menschheit ins Elend und in Not getrieben werden. Und es wird auch nur dafür geschaffen, neue und immer tödlichere Waffen zu erschaffen, Volk um Volk zu bekriegen und die Menschheit zu unterjochen – besonders unter das Banner der USA. Doch so lange, wie die irdische Menschheit nicht endlich erwacht und nicht Volk für Volk jene verbrecherischen Elemente aus den Regierungen entfernt, die Terror und Unterdrückung schaffen, so lange wird sich nichts ändern. Beschämend ist zu sagen, dass es stets nur einige wenige einzelne Verbrecherische in den fehlbaren Regierungen sind, die derart selbtherrlich, völlig verantwortungslos und machtbesessen ihre Gewalt und ihren Zwang über das Volk ausüben, wogegen aber die grosse Masse des Volkes nichts unternimmt und folglich also auch nichts zum Besseren ändert. So lange, wie sich das Volk nicht in Einigkeit wider die verbrecherischen Mächtigen erhebt, die Krieg, Terror, Zerstörung, Not und Elend sowie Verderben im eigenen Volk verbreiten oder in die Welt hinaustragen, so lange wird sich nichts zum Besseren ändern.»

Mehr zur Entstehung des islamistischen Terrors: Artikel «Jeder gegen jeden im Namen der Religionen?» im FIGU-Sonder-Bulletin Nr. 86/2 vom Februar 2015.

Quelle: [http://www.figu.org/ch/files/downloads/bulletin/figu\\_sonder\\_bulletin\\_86-2.pdf](http://www.figu.org/ch/files/downloads/bulletin/figu_sonder_bulletin_86-2.pdf)

Achim Wolf, Deutschland

Jürgen Todenhöfer

# Ein offener Brief an alle Kriegspolitiker dieser Welt:

Immer mehr private, aber auch Menschen des öffentlichen Lebens, bringen ihren Unmut über die aktuelle Situation in Form von offenen Briefen zum Ausdruck. So auch der bekannte Schriftsteller und Autor Jürgen Todenhöfer. Er verfasste einen «Brief des Zorns», den er an alle kriegstreibenden Präsidenten gerichtet hat. Im folgenden drucken wir den Brief im Originalwortlaut nach.

## Jürgen Todenhöfer: EIN BRIEF IM ZORN

«Sehr geehrte Präsidenten und Regierungschefs! Ihr habt mit eurer jahrzehntelangen Kriegs- und Ausbeutungspolitik Millionen Menschen im Mittleren Osten und in Afrika ins Elend gestossen. Wegen euch flüchten weltweit die Menschen. Jeder 3. Flüchtling in Deutschland stammt aus Syrien, Irak und Afghanistan. Aus Afrika kommt jeder 5. Flüchtling.

Eure Kriege sind auch Ursache des weltweiten Terrorismus. Statt ein paar 100 internationale Terroristen wie vor 15 Jahren haben wir jetzt über 100 000. Wie ein Bumerang schlägt eure zynische Rücksichtslosigkeit jetzt auf uns zurück.

Wie üblich denkt ihr nicht daran, eure Politik wirklich zu ändern. Ihr kuriert nur an den Symptomen herum. Die Sicherheitslage wird dadurch jeden Tag gefährlicher und chaotischer. Immer neue Kriege, Terrorwellen und Flüchtlingskatastrophen werden die Zukunft unseres Planeten bestimmen.

Auch an Europas Türen wird der Krieg eines Tages wieder klopfen. Jeder Geschäftsmann, der so handeln würde, wäre längst gefeuert oder sässe im Gefängnis. Ihr seid totale Versager.

Die Völker des Mittleren Ostens und Afrikas, deren Länder ihr zerstört und ausgeplündert habt sowie die Menschen Europas, die jetzt unzählige verzweifelte Flüchtlinge aufnehmen, zahlen für eure Politik einen hohen Preis. Ihr aber wascht eure Hände in Unschuld. Ihr gehört vor den Internationalen Strafgerichtshof. Und jeder eurer politischen Mitläufer müsste eigentlich den Unterhalt von mindestens 100 Flüchtlingsfamilien finanzieren.

Im Grunde müssten sich die Menschen dieser Welt jetzt erheben und euch Kriegstreibern und Ausbeutern Widerstand leisten. Wie einst Gandhi – gewaltlos, in «zivilem Ungehorsam». Wir müssten neue Bewegungen und Parteien gründen. Bewegungen für Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Die Kriege in anderen Ländern genauso unter Strafe stellen, wie Mord und Totschlag im eigenen Land. Und die euch, die Verantwortlichen für Krieg und Ausbeutung, für immer zum Teufel jagen. Es reicht! Haut ab! Die Welt wäre ohne euch viel schöner.

Jürgen Todenhöfer

Liebe Freunde, ich weiss, man sollte im Zorn nie Briefe schreiben. Doch das Leben ist viel zu kurz, um immer um die Wahrheit herumzureden. Ist eure Empörung nicht auch so gross, dass ihr aufschreien möchtet über soviel Verantwortungslosigkeit? Über das unendliche Leid, das diese Politiker angerichtet haben? Über die Millionen Toten? Haben die Kriegspolitiker wirklich geglaubt, man könne jahrzehntelang ungestraft auf andere Völker einprägen und sich die Taschen voll machen? Wir dürfen das nicht länger zulassen! Im Namen der Menschlichkeit rufe ich euch zu: WEHRT EUCH!»

From: Achim Wolf

To: redaktion@pressejournalismus.com

Date: 12:00:22, 08.26.2015

Subject: Kopierecht-Anfrage

Hallo Herr Kreisel

Da mir der offene Brief von Jürgen Todenhöfer «aus der Seele spricht», bitte ich Sie heute um die Erlaubnis für einen Wiederabdruck in einem Organ der FIGU.

Quelle: <http://pressejournalismus.com/2015/08/juergen-todenhoefer-ein-brief-im-zorn/>

Mit freundlichen Grüssen

Achim Wolf

Gesendet: Mittwoch, 26. August 2015 um 12:29 Uhr

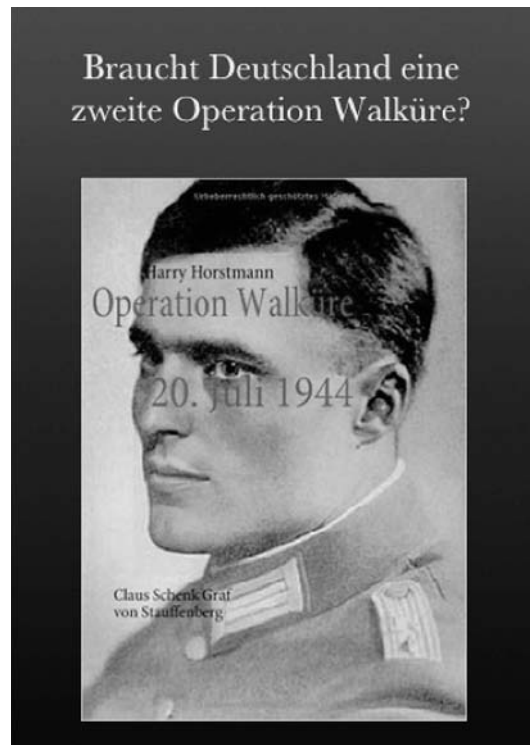
Von: "Roland Kreisel - PresseJournalismus.com" redaktion@pressejournalismus.com

An: Achim Wolf

Betreff: Re: Kopierecht-Anfrage

jo kein problem ;-)

## Es formiert sich bereits Widerstand unter Spitzenmilitärs gegen Merkels wahnsinnige Politik



### Gibt es Offiziere, die die Merkel'sche Unrechtsregierung stürzen werden?

Es ist ein freundlicher Brief an die Bundeskanzlerin, den Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof da verfasst hat. Aber man soll sich von der Freundlichkeit nicht täuschen lassen. Es brodeln in sämtlichen Kreisen der deutschen Gesellschaft. Der offene Brief beweist:

1. Merkels wahnwitzige Politik der Abschaffung Deutschlands wird als solche längst auch von höchsten Militärkreisen erkannt.
2. Die von den Systemmedien dargestellte angebliche breite Unterstützung von Merkels Politik durch weite Teile der Überbevölkerung ist ein Lügenmärchen.
3. Deutschland hat noch Hoffnung.
4. Alle Positionen, die von uns Islamkritikern gegenüber Einwanderung, der verlogenen Berichterstattung der Medien über diese und der Abschaffung Deutschlands und seiner Kultur genannt wurden, werden in diesem Schreiben an Merkel bestätigt.
5. Die Medien als treibende Kraft hinter der Abschaffung Deutschlands werden als diese Kraft erkannt.
6. Die vom Generalmajor in seinem offenen Brief dargestellten Lösungsvorschläge sind besser und vernünftiger als alles, was von Politik und Medien bislang diskutiert bzw. absichtlich verschwiegen wurde und zeigen, dass es eine durchführbare und praktikable Politik jenseits des politischen Mainstreams gibt.

Vielleicht finden sich Offiziere, die sich daran erinnern, dass sie ihren Schwur nicht der Bundeskanzlerin, auch keiner Regierung, und schon gar nicht den Medien, sondern dem deutschen Volk und dem deutschen Grundgesetz gegenüber geleistet haben. Beide sind von der unfassbaren Politik Merkels höchst bedroht: Das Volk sieht sich einem schleichenden Genozid durch Regierung und Medien gegenüber. Und die Regierung verstößt seit Jahren elementar gegen das Grundgesetz, gegen Recht und Ordnung.

**Mögen sich unsere Offiziere und Soldaten ihrer Verantwortung gegenüber ihrem Volk und der deutschen Geschichte bewusst werden und so handeln, wie es die Stunde gebietet.**

Michael Mannheimer, 16.9.2015

**Offener Brief**  
**von**  
**Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof**  
**an Angela Merkel**

**Lettre ouverte du général de division a. D. Gerd Schultze-Rhonhof à Angela Merkel**  
**Open letter of major general a. D. Gerd Schultze-Rhonhof to Angela Merkel**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir Bürger werden immer wieder aufgerufen, uns am politischen Leben zu beteiligen. Ich tue dies mit dieser Eingabe zur Lösung des augenblicklichen Problems der Migration an Sie, Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, und einige Ihrer Abgeordneten-Kolleginnen und -Kollegen.

Da ich mehrfach die schlechte Erfahrung gemacht habe, dass Minister und Ministerpräsidenten meine Eingaben nicht beantwortet haben, erlaube ich mir, diesen Brief als «offenen Brief» zu behandeln und ihn auch an alle Länder-Ministerpräsidentinnen und Präsidenten, an die Damen und Herren Parteivorsitzenden und an einige andere Politiker zu senden, mit der Bitte, Sie zu unterstützen, sowie an einige Zeitschriften und Privatpersonen.

Mit freundlichem Gruss  
Gerd Schultze-Rhonhof

### **Grenzenlose Gastfreundschaft**

Ich möchte nicht als ausländerfeindlich gelten. Habe ein halbes Jahr lang einem Armutsflüchtling ohne Gegenleistung ein Zimmer mit Bad gestellt, ihn an den Mahlzeiten der Familie teilnehmen lassen, ein Fahrrad geschenkt und ihn unfallversichert. Trotzdem meine ich, dass die jetzige, in Deutschland gewährte grenzenlose Gastfreundschaft gegenüber Migranten sinnlos ist, unser Sozialsystem und unseren sozialen Frieden zerstört, das bisher noch vorhandene Vertrauen unserer Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit von Parlament, Demokratie und Kommission der Europäischen Union im allgemeinen und die Fähigkeiten der hier politisch handelnden Funktionsträger im besonderen schwer beschädigt, wenn nicht gar bei Teilen der Bevölkerung völlig zerstört. Rund 50% Nichtwähler unter den deutschen Wahlberechtigten zeigen, wie weit dieser Enttäuschungs- und Entfremdungsprozess jetzt schon ohne den neuen Einwanderungsdruck gediehen ist.

Wir erleben derzeit sehenden Auges einen Zustrom von mehrheitlich nicht integrierbaren Migranten und Flüchtlingen nach Deutschland und einigen anderen Ländern Europas, der unsere Gesellschaft sprengen, unsere Demokratie als handlungsunfähig vorführen, unsere Kommunen auf Dauer in die Zahlungsunfähigkeit treiben und unser eigenes Volk langfristig auf seinem Territorium zur Minderheit werden lässt. Wir sind die tatenlosen Zuschauer des Beginns einer Völkerwanderung, die Sie als solche offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen. Sie, verehrte Frau Bundeskanzlerin, werden es durch ihre bisherige Konzeptlosigkeit und Unentschlossenheit vor unseren Enkeln mit zu verantworten haben, dass wir in wenigen Jahren Rassenprobleme wie in den USA, Banlieues wie in Frankreich und rechtlose Stadtteile wie in England haben, wenn Sie der jetzigen Entwicklung weiter konzeptlos und ohne wirksame Taten zusehen.

Ich bitte Sie deshalb dringend, zu erwirken,

- dass die Anwendung des Asylrechts wieder auf den im GG festgeschriebenen Kern zurückgeführt wird,
- dass der Rechts-Instanzenweg im Asylverfahren abgeschafft wird,
- dass die Asylverfahren afrikanischer Migranten in Nordafrika oder in den Herkunftsländern der Migranten abgewickelt werden,
- dass die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbunden wird,
- dass Angehörige von Nicht-EU-Balkanstaaten und aus asiatischen Unruhe- und Armutsgebieten ihre Asyl- oder Einwanderungsbegehren nur an deutschen Vertretungen in ihren Heimatländern vorbringen können, und dass Angehörige dieser Staaten und Gebiete ohne positive Asyl- oder Einwanderungsbescheide bei illegaler Einwanderung sofort repatriert werden,
- dass nur Asyl- und Einwanderungsbegehrende aus Kriegsgebieten wie derzeit Syrien wie bisher behandelt werden und
- dass die Einwanderung generell nach kanadischem Vorbild und deutschem Interesse gesteuert wird.  
(Einzelheiten zu diesen Vorschlägen lesen Sie bitte auf dem letzten Blatt.)

Zur Begründung meines Begehrens lesen Sie bitte Folgendes:

### **Falsche Prognosen**

Die Ströme von Migranten, die in diesem Jahr auf Deutschland zukommen, wurden erst auf 250 000, dann auf 450 000 und nun auf 800 000 prognostiziert. Wie wir alle «die Politik» kennen, wird jede unangenehme Entwicklung nur scheinbar zugegeben. Zum Jahresende ist eine Realität von einer Million Migranten nicht unwahrscheinlich. Und in den kommenden Jahren ist nicht mit einem Abnehmen des Migranten-Stroms zu rechnen, weil die Bevölkerungsexplosion in Afrika und die Entfesselung von Bürgerkriegen rund um Kern-europa kein Ende nehmen, und weil das überwiegend herzliche Willkommen in Deutschland und in Österreich einen unwiderstehlichen Sog auf weitere Millionen «Migranten in Warteposition» ausüben. Unablässig verbreitet sich die frohe Kunde der erfolgreich Angekommenen per Handy in Windeseile innerhalb der Auswanderungs-länder und setzt neue Wanderer in Marsch.

### **Anfang einer Völkerwanderung**

Der jetzige Strom an Zuwanderern ist kein einmaliges und mit unseren bisherigen Gewohnheiten und Mitteln zu lösendes europäisches Problem. Und die grosszügigen Gesten der deutschen und der österreichischen Regierung, ein paar Tausend in Budapest «aufgestaute» Migranten ins Land zu lassen, um das dortige Elend zu beenden, sind nicht, wie einige deutsche Minister geäußert haben, ein einmaliger Akt.

Es wird ein Drama mit immer neuen Szenen geben. Das jetzige Drama ist der Anfang eines stets weiter anschwellenden Problems, der Anfang einer Völkerwanderung. Ausserdem ist diese Völkerwanderung aus der Migranten-Sicht nicht in erster Linie ein europäisches Problem, weil die meisten Migranten ganz bewusst Deutschland und Österreich wegen ihrer Sozialsysteme und ihrer Ausländerfreundlichkeit ansteuern. Trotzdem können sich unsere Politiker bisher nicht zu einer grundsätzlichen und nachhaltigen Lösung des Problems durchringen.

### **Armutsbekämpfung**

Im Jahr 1962 habe ich auf einem Seminar im Auswärtigen Amt gehört, dass Westdeutschland die Armut der Welt durch Entwicklungshilfe am Entstehungsort bekämpfen werde. Das hat in Fernost und in Südamerika da ganz und dort weitgehend funktioniert. In weiten Teilen Afrikas sind die Lebensumstände heute aber bedrückender als damals. Im Jahr 1990 hat der UNHCR prognostiziert, dass die Flüchtlingsströme auf 50 Millionen Menschen pro Jahr anschwellen werden. Ich habe damals auf einer Parteiveranstaltung gefragt, wie Deutschland darauf reagieren werde.

Die Antwort war: «Wir bekämpfen die Armut am Ort ihres Entstehens.» Was die Politiker-Worte von 1962 und 1990 und heute zu dieser Frage wert sind, sieht man. Auch die jetzige Einlassung eines deutschen Parteivor-sitzenden, man brauche einen neuen Marshall-Plan für bedürftige Staaten, lässt ausser Acht, dass Deutschland die Marshall-Hilfe zurückzahlen musste. Der Herr Parteivorsitzende hat aber dem Anschein nach wieder nur an geschenktes Geld gedacht.

### **Drei Migranten-Ströme**

Wir werden jetzt von drei Migranten-Strömen überrollt, aus Afrika, aus Kriegsgebieten und aus den südlichen Balkanländern.

### **Afrika**

Afrika hat einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 30 Millionen Menschen. Ein erheblicher Anteil dieser Menschen wird Jahr für Jahr nach Europa drängen. Je mehr Europa davon aufnimmt und je komfortabler der zeitweilige oder dauerhafte Aufenthalt in Europa erlebt wird, desto grösser wird der Anreiz für immer neue Migranten. Inzwischen brauchen Migranten nur noch am Südufer des Mittelmeers in See zu stechen, dann werden sie von den NATO-Marinen abgeholt und auf die europäische Seite des Mittelmeers transportiert. Sie, die Politiker, die das veranlassen, machen unsere Marinesoldaten damit zu «Schleppern und Schleusern» ent-gegen deren guter Absicht. Ausserdem muss zur Kenntnis genommen werden, dass die Systemwechsel-Politik der USA, Grossbritanniens und Frankreichs in den Staaten des Süd- und des Ostrand des Mittelmeers erst die Tore für die Migranten-Ströme aus dieser Richtung geöffnet hat.

Insbesondere der illegale und unnötige Sturz des Gaddafi-Regimes in Libyen hat das zuvor verschlossene Tor vor Afrika weit aufgerissen. Es ist bemerkenswert, dass sich unsere Verbündeten USA und Grossbritannien an



der Bewältigung des durch die Destabilisierung Libyens entstandenen Migrantens-Stroms nicht bzw. kaum beteiligen.

Je mehr Migranten wir über das Mittelmeer aufnehmen, desto grösser werden der Anreiz für weitere Migranten, der Gewinn der Schlepper und die Zahl der Ertrinkenden. Die australische Regierung hat das gleiche Drama auf den Seegebieten vor ihrer Nordküste auf wirksame Weise beendet. Sie hat 2013 in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und verkündet, dass Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden. Und die australische Marine nimmt Flüchtlingsboote seither «auf den Haken», in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück. Nach kurzer Zeit ist kein einziger Bootsflüchtling mehr vor Australiens Nordküste ertrunken. Ich fordere Sie auf, auf ein derartiges Vorgehen aller EU Staaten im Mittelmeerraum zu drängen, Schiffe der Bundesmarine unverzüglich in dieser Weise einzusetzen und den anderen EU Staaten so voranzugehen. Und ich fordere Sie auf, die Asylanträge der afrikanischen Migranten, wie bereits vom Innenminister vorgeschlagen, in deren Heimatländern prüfen zu lassen.

### **Kriegsgebiete**

Auch die Flüchtlinge aus Kriegsgebieten kommen derzeit aus Territorien, an deren Destabilisierung ein Teil unserer Verbündeten mit offenen Kriegshandlungen, Geheimdiensten, Söldnern und Geldzuwendungen einen wesentlichen Anteil hat. Kriegsflüchtlingen muss zwar zeitweise Schutz und Bleibe geboten werden, aber nach den Kriegen sollten sie ihre Länder wieder aufbauen und dazu repatriiert werden.

Jahrelanges Verbleiben in Deutschland, Asylanträge mit oft jahrelangen Gerichtsverfahren durch den Instanzenweg hindurch und sogenannte Abschiebehindernisse führen dazu, dass das für die Kriegsdauer gewährte Gastrecht von vielen Flüchtlingen zu einem Anspruch auf Dauerverbleib und ein leichteres Leben in Deutschland ausgenutzt wird.

Deutschland besitzt keinen Steuerungsmechanismus zur Auswahl dieser Zuwanderer, und unsere Politiker auf Länder- und Bundesebene besitzen offensichtlich nicht die Weitsicht für die Folgen dieses Zustroms für unser Sozialsystem und unseren sozialen Frieden und nicht den Mut, die Repatriierungen durchzusetzen.

Schon eine Bürgerinitiative wohlmeinender und mitfühlender Flüchtlingsnachbarn gegen eine Abschiebung versetzt fast jeden Politiker in «Wähler-Angst». So verbleiben bei etwa 97% der abgelehnten Asylanträge 85% der Antragsteller trotzdem in Deutschland. Sie werden entweder geduldet oder sie tauchen unverzüglich unter. So verbleiben im familiären Rand nicht repatriierter Bürgerkriegsflüchtlinge in Summa auch massenweise nicht integrierbare und sozialhilfeempfangende Ausländer in Deutschland.

### **Südliche Balkanländer**

Eine dritte Gruppe sind derzeit die Migranten aus den südlichen Balkanländern. Es sind in der Regel Menschen mit dem verständlichen Wunsch nach einem materiell besseren und sichereren Leben. Solange sie in geringen Zahlen kamen, konnte unser Volk sie materiell versorgen, und es bestand eine grössere Chance, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren. Der jetzt auf Deutschland zurollende, ungebremste Migrantens-Strom aus dieser Region sprengt zusammen mit den zwei vorgenannten Migrantens-Bewegungen auf Dauer unsere Staats- und Kommunalfinanzen, zerstört den Bürgerfrieden in kleinen Städten, Ortschaften und in vielen Stadtteilen grosser Städte und überfordert die Kapazitäten der Kommunalverwaltungen, der karitativen Einrichtungen und der freiwilligen deutschen Helfer.

### **Verpflichtungen**

So verständlich es ist, dass Menschen aus Überbevölkerungsgebieten, Kriegsgebieten, Katastrophengebieten und Herrschaftsgebieten mit eingeschränkten Bürgerfreiheiten bei uns in Nordeuropa Schutz, Asyl und bessere Lebensbedingungen suchen, so sehr gehört es zur selben Realität, dass sie auf Dauer von uns ernährt, untergebracht und versorgt werden wollen. Wir, das deutsche Volk, sind aber genauso wenig moralisch oder anders verpflichtet, wie z. B. Dänen, Tschechen oder Polen, die Aufbau- und Lebensleistung von uns und unserer Verfahren bis hin zur Selbsterstörung unseres Gemeinwesens und seiner politischen Kultur den Hoffnungen der Migranten zu opfern.

Wir sind nicht verpflichtet, unsere materielle und kulturelle Substanz und unsere auf numerischer Überlegenheit beruhende Selbstbestimmung im eigenen Land auf Dauer an fremdstämmige Migranten-Mehrheiten abzugeben. Dabei ist nicht nur an die direkte Zuwanderung zu denken. Im Haus neben mir z. B. wohnt eine Migranten-Familie (ohne Deutschkenntnisse). Das Familienoberhaupt hat 11 Kinder, und eine seiner Töchter

hat bereits 12 Kinder. Fast alle jüngeren Migranten bekunden ausserdem, dass sie ihre Familien nachzuholen gedenken.

### **Gegenseitige Forderungen und Ablenkungsmanöver**

Deutsche Politiker auf allen Ebenen vom Europäischen Parlament bis zu den Gemeinderäten sind offensichtlich unfähig, die angesprochenen Probleme grundsätzlich, durchgreifend und nachhaltig zu lösen. Sie verlangen gegenseitig voneinander die Lösung der Probleme oder Hilfen dazu: Mal soll es eine EU-Lösung sein, mal sollen es die Kommunen richten, mal der Gesetzgeber, mal soll der Bund mehr Geld geben, mal soll die freiwillig helfende Bevölkerung mehr leisten. Offensichtlich ist unser System nicht mehr dazu tauglich, Probleme dieses Ausmasses in den Griff zu bekommen. Politiker und Medien überbieten sich stattdessen im Nebelkerzen-Werfen und Ablenken. Sie verweisen auf die Nützlichkeit zuwandernder Arbeitskräfte.

Der Versuch in einer mitteldeutschen Grossstadt, aus 300 «Asylbewerbern» Kräfte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen, ergab sechs vermittelbare Zuwanderer, und der dänische Arbeitgeberverband hat in diesem Frühjahr eingestanden, dass die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt auf ganzer Linie gescheitert ist. Zahlreiche Medien überbieten sich gegenseitig mit der Darstellung erfolgreicher Integrations-Initiativen und suggerieren damit eine falsche Wirklichkeit. Tausend gelungene Integrationsbeispiele bei einer Millionenzuwanderung betreffen nur ein Promille der Realität. Diese Medien versuchen hiermit, die öffentliche Stimmung zu manipulieren. Andere Politiker und Medien preisen die multikulturelle Vielfalt.

Sie wissen offensichtlich nichts von «Multikulti» in Belgien, im alten Serbien, in der Ukraine und in Syrien, geschweige denn von «Multikulti» in mehreren Stadtteilen deutscher Grossstädte. Die Geschichts- und Landeskenntnis der deutschen Durchschnittspolitiker reicht diesem Anschein nach nur zur Wiederholung anderenorts schon gemachter Fehler.

### **Falscher Vergleich**

Manche Politiker kommen uns mit falschen Vergleichen, so z.B. mit der Aufnahme der ostdeutschen Vertriebenen 1945 und 1946. Die damaligen Vertriebenen wurden samt und sonders von Polen, Tschechen und Sowjets mit roher Gewalt aus ihrer Heimat ausgetrieben, in der sie trotz aller Kriegszerstörungen sonst gern geblieben wären.

Die Vertriebenen flohen auch nicht in ein reiches, «gelobtes Land», um besser zu leben. Sie flohen in einen ebenfalls verwüsteten, verarmten Teil ihres eigenen Landes. Ihre Perspektive ergab sich aus ihrer Integrationsfähigkeit, aus ihrem Fleiss und ihrer Fähigkeit, das zerstörte Westdeutschland wieder mit aufzubauen. Alles das ist bei der übergrossen Mehrheit der heutigen Migranten nicht vorhanden. Es handelte sich damals einerseits um die Flucht innerhalb des eigenen Landes und andererseits um die Aufnahme von Landsleuten. Vielen deutschen Politikern und Medienschaffenden ist aber offensichtlich das Empfinden für die Besonderheit einer Solidarität unter Landsleuten abhanden gekommen.

### **Beschimpfungen und mangelhafte Berichterstattung**

Die Mehrheit der deutschen Politiker und Medienleute lenkt mit der Beschimpfung von Kritikern und den Klagen über Ausländerfeindlichkeit vom eigentlichen Problem, der ausser Kontrolle geratenen Massen-Zuwanderung, ab.

Ausländerfeindlichkeit ist hässlich, aber verglichen mit der derzeitigen Problem-Massierung nur ein sehr bedauerlicher «Kollateralschaden». Zuwanderungskritik ist etwas anderes. Es fehlt das Reflektieren der Bedenken der Einwanderungskritiker. Sie werden in die rechtsradikale Ecke gestellt, «aus der Front der Demokraten» exkommuniziert, als «dumpfes» Pegida-Volk und «empathieloses Pack» beschimpft, des Populismus und des Rassismus bezichtigt, ihnen werden unberechtigte Ängste und Angstmache unterstellt, ihre Bedenken werden als «ideologischer Müll» bezeichnet oder sie werden anderweit verunglimpft und gemobbt. Es fehlt dagegen jegliche Berichterstattung über die nachbarschaftlichen Unverträglichkeiten, die oft in der Nähe grösserer Migranten-Ansiedlungen bestehen.

Es gibt in den Medien keine Berichterstattung über die wirklichen Schwierigkeiten der Einfügung in die deutsche Gesellschaft. Es wird nicht über die Fälle von Angriffen und Beschimpfungen auf und von Polizei und Anwohner berichtet und nicht von Fällen von Vermüllung von Unterkünften und Strassen. Es gibt stattdessen entweder Schuldzuweisungen gegen deutschstämmige Deutsche oder Berichte über lobenswerte Beispiele deutscher Integrationshilfen. Die Realitäten dazwischen werden unterschlagen.

Weiterhin wird manchmal falsch, manchmal manipuliert und nach meiner bisherigen Kenntnis nie richtig und umfassend über die Kosten informiert, die ein Migrant (vor seiner Anerkennung als Asylant oder bis zu seiner Ausweisung) pro Monat durchschnittlich den Steuerzahler kostet: an Lebensunterhalt, Unterkunfts-Sanierung, Miete, laufender Reinigung der Unterkünfte, medizinischer Versorgung, Fahrrad, Handy, Wäsche, Taschengeld, Sprachunterricht, Gerichtskosten, Übersetzer-Kosten, Betreuer-Kosten, Polizei-Einsatzkosten, zusätzlichen Planstellen für zusätzliche Lehrer und die Bearbeiter von Registrierungen und Asylanträgen sowie die Rückführungen usw. In einer demokratischen Gesellschaft mit einer freien Presse hätte das längst offengelegt werden müssen. Dass dies nicht geschieht, erweckt den Anschein, dass alle Politiker Angst haben, ihre Wähler darüber zu informieren und dass die Medien zu gewissen Themen über die Presse- und Fernsehrate gelenkt werden.

### Zuwanderungskritik

Die durch Beschimpfungen und Mediendruck nicht mehr öffentlich geäußerte Zuwanderungskritik entzündet sich vordergründig an dem zur Schau gestellten Verhalten etlicher Migranten. Sie hat aber auch eine grundsätzliche Dimension. Die vordergründige Kritik entzündet sich am unangemessenen Verhalten einiger Asylanten und in Deutschland verbleibender oder geduldeter Migranten. Es mag nicht häufig vorkommen, aber es verbreitet sich schnell auf dem Erzählweg. Ich nenne aufdringliches Macho-Verhalten, Missachtung von deutschen Frauen, z.B. Verhöhnung von Helferinnen, die den Toilettendreck der Migranten entfernen, Drogenhandel, Rempelen und Schlägereien, überzogene Anspruchshaltung bei Behörden und Ärzten, mangelhafte Hygiene in den Unterkünften, das Verdrängen anderer Ethnien bis hin zur Drangsalierung deutschstämmiger Kinder in mehrheitlich migrantenstämmigen Schulklassen u.a.m.

Die grundsätzliche Dimension ist dagegen bedeutender. Es geht um den Charakter unseres Landes, die Identität, die Sitten und die Rechtsordnung unseres Volkes, um unsere politische Kultur und um unsere Selbstbestimmung als Gastgeber im eigenen Land. Weite Teile unserer Bevölkerung, wahrscheinlich eine Mehrheit der deutschstämmigen Deutschen, wollen ihr Land, ihre Identität und das Sagen im eigenen Land behalten. Diese Mehrheit will keine Auflösung der deutschen Nation in einer europäisch-asiatisch-afrikanischen Mischbevölkerung und keine Auflösung unseres Staats in einem Europa-Staat.

Das haben wir Jahrzehnte lang so gesehen, und das ist uns genauso lang von unseren Spitzenpolitikern versichert worden. Es hiess lange Zeit, dass die Bundesrepublik ein föderatives Europa anstrebt; von einem europäischen Staatsvolk und einem Europa-Staat war nicht die Rede. Aber bereits 1990 gab Herr Lafontaine aus seiner damaligen Ablehnung der deutschen Wiedervereinigung und seiner Ablehnung der damit verbundenen Stärkung Deutschlands die Gegenrichtung vor. Er sagte in einem Vortrag: «Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa. Deshalb müssen wir uns von dem völkischorientierten Nationenbegriff lösen.»

Dahingegen bekundete der Vizepräsident der EU Kommission Sir Leon Brittan im Oktober 1996: «Der deutsche Bundeskanzler Kohl hat uns zugesagt, dass er keine Vereinigten Staaten von Europa anstrebt, und dass die Nationen erhalten bleiben.» Drei Jahre später Bundespräsident Rau: «Eine Europäische Föderation wäre nicht darauf angelegt, die Nationalstaaten verschwinden zu lassen.» (4.11.1999). Innenminister Schönbohm (Brandenburg): «Ich glaube, die Nation ist ein ganz wichtiger Identifikationsrahmen in der Geschichte, Schicksalsgemeinschaft, Staatsvolk, Kultur und gemeinsame Zukunftsgestaltung.» (26.3.1999)

Die seit ein paar Jahren betriebene Vergemeinschaftung innerhalb der EU zielt aber eindeutig auf einen gemeinsamen Staat und auf eine Mischung der Landesbevölkerungen bis zum Verschwinden ihrer nationalen Eigenschaften und Identitäten. Der 2014, wie von lenkender Hand gesteuert, einsetzende Migrantengstrom verändert nun auch das Staatsvolk Deutschlands in einer Geschwindigkeit, die keine Integration und Assimilation der Neubürger mehr zulässt.

Nach ungefähren UNHCR-Prognosen und einer genaueren des Prof. für Militärdemographie, Heinsohn, am NATO Defense College ( Rom ) kommen bis 2050 etwa 950 Millionen Migranten aus Afrika und aus dem Nahen Osten auf Europa zu. Wenn sich ein Drittel davon in Deutschland ansiedelt, verändert das unser Staatsvolk von Grund auf. Pikanterweise erinnert dieser Prozess an eines der amerikanischen Kriegsziele von 1945, «Der Abschaffung der Reinrassigkeit in Deutschland».

Sie, Frau Dr. Merkel, sagen heute: «Deutschland und Europa werden sich verändern.» Sie sagten aber noch im November 2004: «Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert.» Ihre Anpassung in dieser Hinsicht zeugt von Resignation oder von Prinzipienlosigkeit. Bitte verstehen Sie, dass ein grosser Teil der deutschstämmigen Deutschen Ihren Sinneswandel nicht mitvollziehen kann und will. Viele Bürger wollen, dass sie, ihre Kinder und Kindeskinde der dominierende Bevölkerungsteil im eigenen Lande bleiben. Sie sehen in der anrollenden Völkerwanderung eine kalte Eroberung. Viele sind überzeugt, dass die Worte unseres Altkanzlers Schmidt der nahen-

den Realität entsprechen: «Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.» Es gibt keine Vertretung der konservativen, das Staatsvolk und die Rechtsordnung bewahrenden Deutschen mehr in den Volksparteien. Diese Wählergruppe ist heute ohne Stimme, und sie gehört inzwischen mehrheitlich zu den Wahlverweigerern.

Die deutschen Politiker sollten diesen Umstand in ihrem Willkommens-Hype nicht übersehen, so wie die vielen Wiedervereinigungsgegner von vor 1998 und die Mehrzahl der Medien die tatsächliche Stimmung für eine Wiedervereinigung falsch eingeschätzt haben. (Ablehnend: Lafontaine, Schröder, Bahr, Hans Jochen Vogel, Brandt, Bölling, Glotz, Steinkühler, Joschka Fischer, Jürgen Schmude u.a.m.) Bitte verkennen Sie auch nicht, dass die hässlichen Gewalttaten gegen Migranten-Wohnheime nur die unschöne Spitze eines unter Wasser grossen Eisbergs seriöser Sorgen sind.

### **Belastungen contra Bereicherung**

Regierung und Medien bemühen sich, der deutschen Bevölkerung den Zuzug von Migranten in grosser Zahl als kulturelle Bereicherung, als Hilfen für den Arbeitsmarkt und als Ausgleich für den derzeitigen Bevölkerungsschwund anzupreisen und eine «Veränderung Deutschlands und Europas» wie etwas Positives erscheinen zu lassen. Es wird verschwiegen, dass diese Vorteile nur begrenzt zutreffen, und es wird vor allem völlig unterschlagen, dass der Zuzug von Migranten in grossen Zahlen auch erhebliche Nachteile für die deutsche Bevölkerung und den deutschen Staat mit sich bringt, dies vor allem, wenn der Migranten-Zulauf weiter unvermindert anhält. Es seien erwähnt:

- die Missstimmung in einer grossen Zahl anderer EU Staaten über Deutschlands Vorpreschen mit seiner Migranten-Aufnahme und über den von ihm ausgeübten Druck zur Übernahme von Migranten nach einer Quote, das Bilden weiterer Parallelgesellschaften durch nicht gelungene Integration (Hierauf hat Brandenburgs Innenminister Schönbohm schon 1999 hingewiesen.),
- das Abgleiten weiterer Stadtteile in Zonen ausserhalb deutschen Rechts und deutscher Polizeigewalt,
- der überproportionale Zuzug von in den Arbeitsmarkt nicht vermittelbaren Migranten bei unterproportionalem Zuzug von arbeitsmarkttauglichen Migranten,
- dadurch die Zunahme der Armen und der Armut in Deutschland,
- das Absenken der durchschnittlichen Pisa-Vergleichs-Ergebnisse für die Kinder der Wohnbevölkerung in Deutschland,
- die anwachsenden Sozialkosten und Transferleistungen in nicht abschätzbarem Ausmass,
- dadurch zunehmende Belastungen für die öffentlichen Haushalte und deren erneute Verschuldung,
- die weitere Desintegration der deutschen Bevölkerung,
- das «Einwandern» von Antisemitismus und von ethnischen und religiösen Konflikten aus den Herkunftsländern,
- die Überlastung des Schulwesens,
- das Entstehen einer «Sozialblase» durch den weiter wachsenden Bedarf an Sozialarbeitern, Angestellten der Arbeitsämter und Sozialbehörden, Betreuern, Sonderlehrern, Kita-Mitarbeiterinnen, Gefängnispersonal usw.,
- das Bilden eines neuen Grossstadtproletariats aus arbeits- und beschäftigungslosen, nicht integrierten Migranten und abgelehnten, abschiebebedrohten und untergetauchten Asylbewerbern, deren hohe Erwartungen an Deutschland sich trotz eines anfangs herzlichen Willkommens nicht erfüllt haben,
- die verdeckten und leichteren Einreisemöglichkeiten für Extremisten und Terroristen und
- die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte und von Akademikern aus «armen» Staaten, die aus Sicht der Herkunftsländer dort zu Fortschritt und Lebensstandard beitragen müssten. Dies wirkt der deutschen Entwicklungshilfe entgegen.

Zu der hier kritisierten Darstellung der Zuwanderungsfolgen durch Regierung und Medien muss man bemerken, dass die ganze Lüge bei der halben Wahrheit anfängt.

### **Asyl**

Nach Artikel 16a des GG geniessen «politisch Verfolgte» Asylrecht in Deutschland und für abgelehnte Asylsuchende gibt es in bestimmten Fällen Abschiebeverbote. Soweit ergänzende Ausführungsbestimmungen, Gesetze und Urteile den Kreis der «politisch Verfolgten» erweitert haben, können diese Gesetze und Bestimmungen geändert werden und ergangenen Urteilen, auch des Bundesverfassungsgerichts, können in einer neuen Lage neue Urteile nachfolgen. Auch bei früheren, anderen Änderungen der politischen «Grosswetterlagen» hat

das Bundesverfassungsgericht das GG neu interpretiert und der Bundestag in Grundsatzfragen Kehrtwendungen gemacht, z. B. zu den Bundeswehreinheiten im Ausland.

Durch den 2015 einsetzenden Massen-Ansturm von Migranten ist wieder eine neue Grosswetterlage für Deutschland entstanden. Die Zahl der Asylanträge ist sprunghaft angestiegen. Zwei Drittel der abgelehnten Antragsteller gehen mit Berufungen in den oft Jahre dauernden Gerichts-Instanzenweg. Deutsche Gerichte können sich wegen der Überlastung nur noch unzureichend mit den Rechtsverfahren deutscher Parteien befassen. Hohe Prozess- und Dolmetscherkosten belasten den deutschen Steuerzahler. Die verursachte jahrelange Dauer der Asylverfahren führt in der Regel anschliessend zur Aufenthaltsduldung der Antragsteller oder diese tauchen mit grosser Mehrheit unter, um einer Abschiebung zu entgehen. Abschiebehindernisse sind oft nicht zu überprüfen oder sie sind fragwürdig.

Warum z. B. dürfen junge Eritreer, die ihren langen Nationaldienst im Heimatland nicht leisten wollen, nur deshalb nicht abgeschoben werden, weil sie bei Rückkehr dafür bestraft würden. Internetportale geben Argumentationshilfen für Asylanträge. Angaben über Herkunftsstaaten sind oft nicht zu verifizieren. Syrische Pässe werden gehandelt.

So ist eine Grauzone um ein edles Grundrecht entstanden, in der deutsche Dienststellen für Asylverfahren und Gerichte jetzt und vorhersehbar in Zukunft überfordert sind. Politiker-Aussagen wie, «Asyl hat keine Obergrenze» oder «Wir wollen Asylrecht nicht verschärfen. Wir wollen freiwillig zurückführen» sind angesichts der Lageentwicklung weltfremd. Das Asylrecht soll, wie im GG formuliert, Bestand haben, aber die deutsche Asyl- und Abschiebe-Praxis müssen der neuen Lage angepasst werden.

Ich bitte Sie, eine Änderung der Gesetze und Bestimmungen zu erwirken, die den Kreis der anerkannten Asylanten wieder auf wirklich «politisch Verfolgte» begrenzt, wie das GG es vorsieht, eine Änderung, die Abschiebeverbote auf drohende Lebensgefahr begrenzt und Berufungen und Revisionen zu den Verfahrens-Erstentscheidungen ausschliesst.

### Europäische Lösung

Eine nachhaltige Lösung, die inzwischen nicht mehr beherrschbare Völkerwanderung nach Kern-Europa zu beenden, muss eine europäische Lösung sein. Ein «Europäischer Verteilerschlüssel» für Migranten ist aber keine Dauerlösung für das eigentliche Problem.

Er ist ausserdem ein illegitimer Eingriff in die Souveränität der europäischen Staaten. Auch die bisherige, nachgiebige deutsche Haltung gegenüber der Migranten-Wanderung ist unter den 28 EU Staaten, wie sich zeigt, nicht konsensfähig. So wie ein deutscher EU Abgeordneter gefordert hat, dass Deutschland ein Vorbild als Aufnahmeland geben soll «und den anderen anbieten soll, sich anzuschliessen», so fordere ich, dass Deutschland mit einer zukunftsfähigen, stringenten Haltung ein Vorbild für ein Unterbinden der Völkerwanderung setzt, das die anderen EU Staaten zum Mitmachen anreizt. Die erkennbare Tendenz unter anderen EU Staaten ist dazu bei Grossbritannien, Frankreich, Polen, Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Bulgarien, Griechenland, Italien und vermutlich weiteren Staaten vorhanden.

Der damalige Bundespräsident Johannes Rau hat 1999 in einer bedeutenden Rede gefordert, die deutsche Europa-Politik solle sich auch an den Vorstellungen unserer europäischen Nachbarn orientieren.

Heute fordert ein Landes-Ministerpräsident: «Nicht wir müssen uns von Positionen verabschieden, sondern die anderen.» Ich neige Altpräsident Rau zu. Viele andere Regierungen mit schwierigen Erfahrungen mit Massenzuwanderungen aus ihren früheren Kolonien oder mit grossen ethnischen Minderheiten sehen die auf sie zukommenden Probleme, die eine neue Zuwanderung für ihre Länder mit sich bringt, realistischer und äussern sie ehrlicher als die Mehrheit der deutschen Politiker. Deutschen Politikern ist eine Klarsicht in der Migranten-Frage nach ihren vielen Fehlprognosen und nicht eingehaltenen Versprechungen vor der Wiedervereinigung, vor der Einführung des Euro und zu Beginn der Griechenland-Finanzkrise nicht mehr zuzutrauen. Auch insofern ist der Vorwurf des ungarischen Ministerpräsidenten nicht unberechtigt, die Massenzuwanderung sei ein deutsches Problem. Deutschland hat seit vielen Jahren weltweit signalisiert, dass Zuwanderer willkommen sind, und zwar unterschiedslos.

Der augenblickliche Beifall des amerikanischen Präsidenten und des englischen Ministerpräsidenten zur plötzlichen Grenzöffnung für die in Ungarn «aufgestaute» Migranten-Menge belegt nicht das Gegenteil. Beide Präsidenten haben ein Interesse an einer weiteren Durchmischung und Desintegration der deutschen Bevölkerung und damit an einer Schwächung Deutschlands gegenüber ihren eigenen Staaten. Deutschland muss in der EU eine Vorreiterrolle für ein Unterbinden der Völkerwanderung übernehmen und nicht weiter auf eine EU Entscheidung warten.

### Unzulängliche und ungeeignete Vorschläge

Die augenblicklichen Bemühungen der Kommunen, Länder, des Bundes und der EU richten sich auf die Bewältigung der derzeitigen Migranten-Zuwanderung. Obwohl erkennbar ist, dass der heutige Migranten-Strom der Beginn eines Dauerzustands ist, ist nirgendwo in der Politik ein Ansatz zu einer nachhaltigen Lösung des Problems zu erkennen. So gut wie kein Politiker zeigt bisher die Weitsicht und die Courage, unser neues Dauerproblem anzusprechen und nachhaltige Lösungen zur Beendigung der neuen Völkerwanderung vorzuschlagen und sie anzustreben. Die nachfolgenden Vorschläge aus den Reihen deutscher Politiker und Parteien sind allesamt untaugliche Versuche, das eigentliche Problem zu lösen und der offensichtliche Versuch, von ihm abzulenken:

- Quoten für die 28 EU Staaten lösen das Mengenproblem einer Völkerwanderung nicht.
- Die deutsche Forderung nach europäischer Solidarität ist nur minimal erfolgversprechend.
- Legale Wege für Migranten schaffen zwar eine humane Erleichterung für die, die unterwegs sind, und stören den Schleppern die Geschäfte, aber auch sie lösen das Mengenproblem der Migration nicht, sie verstärken es stattdessen.
- Ein «Beschäftigungs- und Ausbildungs-Korridor» aus dem Balkan nach Deutschland befreit uns nicht vom Zuwanderungsdruck. Selbst wenn deutsche Arbeitsämter in den Herkunftsländern die für den deutschen Arbeitsmarkt geeigneten Bewerber auswählen würden, kämen andere weiterhin auf «illegalen» Wegen.
- Seenotrettung im Mittelmeer ist eine humanitär unumgängliche Massnahme, aber auch sie löst das Mengenproblem einer Völkerwanderung nicht. Sie verstärkt es eher.
- Deutsche Unterstützung Griechenlands und Ungarns bei der Aufnahme und Registrierung lindert zwar die Not der dort wartenden Migranten, aber sie verstärkt eher den Anreiz für weitere Migranten, als dass sie bremst.
- Die Vorschläge, bessere Aufnahmeeinrichtungen bereitzustellen, unserer Willkommenskultur zu stärken und Wohnungen für Migranten zu bauen, nehmen zwar den Druck von den angekommenen Migranten, aber sie erzeugen nur Anreize für immer neue Migranten.
- Mit der «ganzen Härte des Gesetzes gegen rechtsradikale Gewalttäter vorzugehen». Das ist eine Selbstverständlichkeit, aber keine Lösung des Problems.
- Auch der Vorschlag eines Parteichefs «Der Bund muss dauerhaft mehr Kosten übernehmen» wirkt angesichts der Lage ziemlich hilflos.
- Der Vorschlag eines Zuwanderungsgesetzes ist mindestens 30 Jahre alt. Dass wir keines haben, zeugt davon, dass die Parteien sich nicht einigen können, was sie damit bezwecken wollen.
- Ein Vorschlag der EU Kommission, 1,8 Milliarden Euro für Projekte in Afrika zur Verfügung zu stellen, um dort Not zu lindern, verschliesst die Augen vor der dortigen Bevölkerungsexplosion und der Wirkungslosigkeit der vielen schon bisher dorthin transferierten Milliarden.

### Vorwurf und Bitte

Was wollen Sie der deutschen Bevölkerung noch alles zumuten? Reichen die verspielten Milliarden für die Griechenland-Finanzhilfen und die meiner Meinung nach damit begangene Konkursverschleppung nicht? Ist Ihnen die Verkaufszahl für das Sarrazin-Buch «Deutschland schafft sich ab» mit 1,5 Millionen Exemplaren in kürzester Zeit keine Warnung gewesen? Wollen Sie die nachfolgenden Generationen in unserem Land noch mit weiteren Transferleistungen und Sozialkosten belasten? Schrecken Sie die rund 50% Nichtwähler nicht, die Ihnen bei jeder Wahl den Rücken zeigen? Wollen Sie Ihre politische Legitimation durch einen weiteren Anstieg der Nichtwähler-Prozente weiter untergraben?

Ich bitte sie dringend, zu erwirken,

- dass die Anwendung des Asylrechts wieder auf den im GG festgeschriebenen Kern zurückgeführt wird,
- dass der Rechts-Instanzenweg im Asylverfahren abgeschafft wird, (In der Schweiz sind Asylverfahren in der Regel binnen 48 Stunden abgeschlossen.)
- dass die Asylverfahren afrikanischer Migranten in Nordafrika oder in den Herkunftsländern der Migranten abgewickelt werden,
- dass die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbunden wird, (Australiens Regierung hat in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und bekannt gemacht, dass Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückgeschickt werden. Die australische Marine nimmt Flüchtlingsboote «auf den Haken», in Seenot

- geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück.)
- dass Angehörige von Nicht-EU-Balkanstaaten und aus asiatischen Unruhe- und Armutsgebieten ihre Asyl- oder Einwanderungsbegehren nur an deutschen Vertretungen in ihren Heimatländern vorbringen können, und dass Angehörige aus diesen Staaten und Gebieten ohne positive Asyl- oder Einwanderungsbescheide bei illegaler Einwanderung sofort repatriiert werden, und dass dies in den Herkunftsländern bekanntgemacht wird,
  - dass nur Asyl- und Einwanderungsbegehrende aus Kriegsgebieten wie derzeit Syrien wie bisher behandelt werden,
  - dass die Einwanderung generell nach kanadischem Vorbild und deutschem Interesse gesteuert wird, (Auswahl nach jährlichem deutschem Zuwanderungsbedarf, deutschen Sprachkenntnissen, Berufserfahrung und Bedarf am Beruf in Deutschland, Bildungsstand und Alter. Australien und Dänemark haben ähnliche Aufnahmekriterien) und
  - dass Sozialleistungen, ausser Witwen- und Waisenrenten, für die im Heimatland der Migranten und Asylanten verbliebenen Familienangehörigen gestrichen werden.
  - Bitte schieben Sie das Problem nicht in Erwartung einer EU-einheitlichen Lösung vor sich her. Gehen Sie voran. Sie können sicher sein, dass sich viele EU Staaten schnell der vorgeschlagenen Regelung anschliessen werden, und dass die sehr umstrittene europäische Quotenregelung damit bald obsolet sein wird.
  - Sie sind eine deutsche Politikerin und zuerst dem Wohle des deutschen Volks verpflichtet, und Sie sollten nicht versuchen, mit dem Drängen auf eine Quotenregelung schon wieder den «EU-Schwarzen Peter» in die Hand zu nehmen.

Mit freundlichem Gruss Ihr Gerd Schultze-Rhonhof\*

\*Generalmajor a.D. Gerd Schultze Rhonhof ist u. a. Autor des vielbeachteten Buches «Der Krieg der viele Väter hatte», Olzon editions

Quelle: <https://helmutmueller.wordpress.com/2015/09/14/offener-brief-von-generalmajor-gerd-schultze-rhonhof-an-angela-merkel/>

Veröffentlicht unter folgendem Link: <http://michael-mannheimer.net/2015/09/16/es-formiert-sich-bereits-widerstand-unter-spitzenmilitaers-gegen-merkels-wahnsinnige-politik/>

## IMPRESSUM

### FIGU-ZEITZEICHEN

**Druck und Verlag:** Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

**Redaktion:** «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

#### Abonnemente:

Erscheint unregelmässig; Preis pro Einzelnummer: CHF 2.–

(Zusammen mit einem Abonnement der «Stimme der Wassermannzeit» oder der «Geisteslehre-Briefe» als Gratis-Beilage.)

**Postcheck-Konto:** FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

**E-Brief:** [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

**Internetz:** [www.figu.org](http://www.figu.org)

**FIGU-Shop:** <http://shop.figu.org>



© FIGU 2015

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter [www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/](http://www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/)

**Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.**

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz